



## ایران رپورت

### Iran-Report

09/20

September 2020 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

---

Innenpolitik	2
Kultur	10
Wirtschaft	12
Aussenpolitik	16

---

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an [info@boell.de](mailto:info@boell.de) können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Anja Hoffmann  
V.i.S.d.P.: Annette Maennel  
19. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Rohani bittet um Hilfe / Präsidentenberater: Rohani ist ein anderer Mensch geworden / Parlament lehnt Rohanis Ministervorschlag ab / Rohani soll doch ins Parlament einbestellt werden / Geheimdienstminister: „Ohne den Schutz Chameneis wäre Rohani längst gestürzt“ / Faeseh Rafsandschani: „Das Land befindet sich am Abgrund“ / Kleriker lehnen Treffen mit Ahmadinedschad ab / Hinrichtung eines Teilnehmers der Demonstrationen im Januar 2018 / Deutsch-Iraner entführt / Corona Epidemie: Starker Anstieg der Zahl der Toten und Infizierten / Staatsbeamte wegen Spionage verurteilt / Mitglied des Teheraner Stadtrats zum Verwaltungsgericht bestellt / Lage der politischen Gefangenen in Zeiten der Corona-Epidemie / Explosion in Atomanlage Natans sei Sabotage gewesen

---

### ROHANI BITTET UM HILFE

Auf einer Kabinettsitzung am 5. August erklärte Präsident Hassan Rohani: „Ich sage hier ganz klar und deutlich, sollte jemand glauben, die Regierung sei in der Lage, allein alle Probleme des Landes zu bewältigen, hat er eine falsche Vorstellung. Die Regierung kann die Probleme nur lösen, wenn das Parlament, die Justiz, die Streitkräfte, Fernsehen und Rundfunk ihr beistehen. Nur gemeinsam können wir die Feinde bekämpfen. Die Feinde wollen ja nicht allein die Regierung, sondern das ganze System vernichten.“

Die zwei Jahre, in denen die USA das Atomabkommen noch nicht verlassen hätten, seien „unsere Ruhezeit“ gewesen, sagte Rohani weiter. „Jetzt müssen wir die Sanktionen brechen und vernichten. Wir müssen sie aus der Welt schaffen, die Hände jener, die die Sanktionen gegen uns verhängt haben, abhacken. Wir dürfen nicht einfach stehen bleiben, die Schläge und Verletzungen hinnehmen, wir müssen Widerstand leisten.“

In seiner ersten Amtsperiode sei es seiner Regierung gelungen, die Sanktionen zu brechen und nach zweijährigen Verhandlungen mit anderen Mächten ein dauerhaftes Abkommen zu schließen. Damit seien fast alle Sanktionen ausgesetzt worden, sagte der Präsident. Zwar hätten nicht alle Vertragspartner ihre Pflichten erfüllt. „Doch wir haben unser Öl und andere Produkte verkaufen können, unsere Banken konnten ihre Aktivitäten wieder aufnehmen, und wir waren dabei, bei anderen Staaten Kredite zu nehmen.“

Die „Ruhezeit“ habe zwei Jahre lang gedauert, dann sei ein „Ignorant“ ins Weiße Haus gekommen. Alle Ansinnen der neuen Regierung seien darauf ausgerichtet gewesen, neue Sanktionen gegen Iran zu verhängen, um die ganze Staatsordnung der Islamischen Republik zu vernichten. Die USA hätten unverblümt erklärt, die Islamische Republik vernichten zu wollen. So deutlich hätten die USA bis dahin ihre Absicht nicht bekundet. „Vielleicht hatten sie Recht. Wie sollte ein Land, gegen das ein totales Embargo verhängt wird und alle Staaten, die mit ihm Handel treiben wollen, mit Sanktionen bestraft werden, wie sollte ein solches Land überleben können?“

Nein, Iran werde unter dem Druck der Sanktionen nicht zusammenbrechen. Das kann natürlich nur dann gelingen, wenn die Regierung die Unterstützung aller Kräfte und Organe im Land erhält, sagte Rohani und kündigte an, die iranische Wirtschaft werde trotz Sanktionen und trotz Corona-Epidemie in den nächsten Monaten wieder wachsen. Die Lage sei „schwierig, aber das iranische Volk wird Widerstand leisten.“

Am 12. August beschrieb Rohani auf einer Kabinettsitzung die Lage im Land als „prekär.“ „Wir regieren das Land unter den schwersten Sanktionen, die es in der Geschichte gegeben hat. Es sind außerordentliche Bedingungen. Unsere Feinde haben damit gerechnet, dass wir nach wenigen Monaten kapitulieren würden. (...) Doch wir leisten seit nun zweieinhalb Jahren Widerstand. Das Volk und die Regierung setzen trotz Sanktionen, Drohungen und Terror gemeinsam ihren Weg fort. Selbstverständlich gibt es an der Kriegsfrente auch Probleme. Es gibt Verletzte und Märtyrer (Tote).“

„Das zionistische Regime“ (Israel) und die „reaktionären arabischen Staaten (Saudi-Arabien und die Arabischen Emirate) hätten gemeinsam mit den USA gehofft, dass die Wirtschaftskrise zunächst zu einem sozialen Bruch und dann zu einer Sicherheitskatastrophe führe. „Sie haben in diesem Kampf gegen uns eine Niederlage erlitten. Die Menschen in unserem Land sind sich darüber bewusst und leisten tollen Widerstand.“

Weiter sagte Rohani: „Alles, was wir unternehmen, ist ein Zeichen dafür, dass die Regierung der Islamischen Republik trotz des wirtschaftlichen Drucks der USA, nicht kapituliert. Ja, für die Menschen gibt es viele Probleme. Wir bemühen uns, diese Probleme täglich zu mildern.“ Die Regierung habe das Land mit einer siebenprozentigen Negativentwicklung übernommen und zu einer positiven Entwicklung von fünf Prozent geführt.

### **PRÄSIDENTENBERATER: ROHANI IST EIN ANDERER MENSCH GEWORDEN**

Der Berater von Präsident Rohani, Hessamaddin Aschna, erklärte in einem Gespräch mit der Monatsschrift „Andischeh Puja,“ Rohani habe sich nach den Unruhen von Januar 2018 in einen anderen Menschen verwandelt. Er sei nicht mehr derselbe, wie in den Jahren davor. Nur wenige Monate nach dem Beginn seiner zweiten Amtsperiode sei er mit den landesweiten Unruhen konfrontiert worden. „Kaum waren die Nachwehen der Präsidentenwahl verklungen, kam dieses neue Phänomen, das es in der Geschichte der Islamischen Republik noch nie gegeben hat, auf ihn zu.“

Die Proteste von 2018 richteten sich gegen die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Preise stiegen von Tag zu Tag. Die Währung des Landes verlor täglich an Wert. In zahlreichen Fabriken wurden die Löhne der Werk tätigen nicht ausgezahlt. Im ganzen Land gingen die Menschen auf die Straße.

„Ich glaube, dass die Ereignisse von Januar 2018 entscheidend dafür waren, den reformwilligen Rohani in einen Konservativen zu verwandeln,“ sagte Aschna weiter. Er habe sich um das Schicksal des gesamten Systems Sorgen gemacht. „Nach den Ereignissen war er ein anderer Mensch geworden.“ Dann sei auch noch (im Mai 2018) der Austritt der USA aus dem Atomabkommen hinzu gekommen. „Das war der zweite schwere Schlag für Rohani.“ Er konnte nicht verstehen, dass nicht Präsident Trump für den Austritt beschimpft wurde, sondern er. Und zwar, mit der Begründung, ein Abkommen vereinbart zu haben, das Trump mit einem Federstrich zunichte machen können.“ Dabei sei die Unterzeichnung des Abkommens und die damit verbundene Aufhebung der Sanktionen der größte Trumpf der Regierung von Rohani gewesen. Diese Erfolge der Regierung seien mit dem Austritt der USA zunichte gemacht worden. Damit habe der Prozess der Demontage von Rohani begonnen, sagte Aschna.

Der Präsidentenberater erwähnte auch die großen Protestdemonstrationen von November 2019. Auf die Frage, warum das Volk immer noch nicht über die Zahl der Toten informiert werde, sagte er, dem Präsidenten würden unterschiedliche Zahlen vorgelegt, von der Polizei, den Sicherheitskräften, dem Innenministerium, dem Gesundheitsministerium. Der Präsident habe dazu gemeint, die Gerichtsmedizin könne doch am besten dazu Auskunft geben, denn dort würden alle Toten registriert. „Gemeint ist, dass letztlich die Justiz für die Angelegenheit verantwortlich ist. Denn die Gerichtsmedizin ist ein Teil der Justiz,“ sagte Aschna. „Die Anweisungen des Präsidenten sind klar, doch die, die dafür zuständig sind, nehmen ihre Verantwortung nicht wahr.“

„Rohani wurde unterdrückt, seine Regierung geschwächt, demontiert und zerstört. Ich will nicht leugnen, dass auch Rohani Fehler gemacht hat. Doch er wurde unterdrückt und

geschwächt, weil man nicht wollte, dass eine Regierung, die von der Mehrheit des Volkes gewählt wurde, Erfolge erzielt," sagte Aschna.

### **PARLAMENT LEHNT ROHANIS MINISTERVORSCHLAG AB**

Das Islamische Parlament hat am 12. August den Vorschlag von Präsident Hassan Rohani, Hossein Modares Chiabani zum neuen Minister für Industrie, Bergbau und Handel zu ernennen, mit 140 zu 104 Stimmen abgelehnt. Rohani hatte im Mai den Handelsminister Resa Rahmani entlassen. Seitdem führte Chiabani kommissarisch das Ministerium. Die Ablehnung erfolgte im Zuge der sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen Rohani und dem Parlament, in dem Konservative und Hardliner die absolute Mehrheit haben.

Der Abgeordnete Hosseinali Deligani, Mitglied des Präsidiums, sagte, er lehne den Vorschlag des Präsidenten ab, weil Chiabani „der Wirtschaft des Widerstands keine Bedeutung beimisst und weil er die Arbeit nicht als Märtyreraktivität auffasst.“ Der Abgeordnete Mohssen Sangeneh sagte: „Unsere Ablehnung richtet sich nicht gegen Chiabani persönlich, sondern gegen die schwachen Leistungen des größten Ministeriums im Wirtschaftsbereich, das die Bereiche Ernährung, Produktion und Beschäftigung in die Sackgasse geführt hat. Daran hat auch Chiabani als Staatssekretär einen Anteil.“

Am 15. August ernannte Rohani Dschafar Sarghini zum neuen kommissarischen Minister. Der Präsident muss innerhalb von drei Monaten dem Parlament einen neuen Vorschlag vorlegen. Sarghini ist 1958 geboren. Er ist promovierter Bergbauingenieur, spezialisiert für Erzaufbereitung (Mineralverarbeitung). Sein Studium absolvierte er in Australien. Zuletzt war er Staatssekretär im Ministerium für Industrie, Bergbau und Handel. Nebenbei war er als Dozent an verschiedenen Universitäten tätig.

### **ROHANI SOLL DOCH INS PARLAMENT EINBESTELLT WERDEN**

Bereits Anfang Juli hatten die rechten Fraktionen die Einbestellung von Präsident Hassan Rohani ins Parlament gefordert. Er sollte wegen der „katastrophalen“ Lage der Wirtschaft und wegen der „miserablen Außenpolitik“ seiner Regierung zur Verantwortung gezogen werden. Zahlreiche Abgeordnete hatten die von Rohani angestrebte „Reformpolitik“ als „völlig gescheitert“ erklärt. Mit seiner Außenpolitik habe er das Land verraten und in den Abgrund geführt. Alles deutete darauf hin, dass die Fraktionen der Rechten und Ultras, die die absolute Mehrheit im Parlament haben, den Sturz der Regierung planten. Nur die Unterstützung von ganz oben konnte den Präsidenten retten. Revolutionsführer Ali Chamenei sagte bei einem Treffen mit den neuen Abgeordneten: „Der Präsident und die Regierung werden bis zum letzten Tag ihrer Amtsperiode ihre Dienste leisten.“ Daraufhin verzichteten die Abgeordneten auf die Einbestellung.

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Mitte August wurde das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Parlamentspräsident Bagher Ghalibaf, ein entschiedener Gegner Rohanis, erklärte: „Das Thema Befragung des Präsidenten wird vom Parlamentsvorstand im Einklang mit den internen Vorschriften berücksichtigt und verfolgt.“

### **GEHEIMDIENSTMINISTER: „OHNE DEN SCHUTZ CHAMENEIS WÄRE ROHANI LÄNGST GESTÜRZT“**

Geheimdienstminister Mahmud Alawi, sagte am 19. August in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen, die Regierung Rohanis wäre ohne die Unterstützung des Revolutionsführers Ali Chamenei längst gestürzt worden. Chamenei sei nach den Unruhen im November „selbstlos“ eingeschritten und habe den Parlamentsabgeordneten

Anweisungen erteilt. „Wir müssen dem Revolutionsführer zutiefst dankbar sein. Diese Dankbarkeit können wir ihm erweisen, indem wir stets unter seinem Schirm bleiben.“ Der Geheimdienstminister sagte nicht, welche Anweisungen Chamenei den Abgeordneten erteilt habe. Er sagte auch nicht, wie er sich eine Regierung vorstellt, die immer unter dem „Schirm“ des Revolutionsführers bleibt, das heißt keine selbständigen Entscheidungen trifft.

### **FAESEH RAFSANDSCHANI: „DAS LAND BEFINDET SICH AM ABGRUND“**

Faezeh Rafsandschani, Tochter des ehemaligen, inzwischen verstorbenen Präsidenten Haschemi Rafsandschani, sagte in einem Interview mit dem Nachrichtenportal „Ensaf News,“ das Land befinde sich am Abgrund. Sie warf den Verantwortlichen totale Unfähigkeit vor. „Wenn es keinen Aufstand gibt, dann nur deshalb, weil die Menschen keinen Sturz des Staates wünschen. Einen bereits erprobten und gescheiterten Weg wiederholt man nicht.“ Gemeint ist wohl der Volksaufstand, der 1979 zum Sturz des Schah-Regimes und Gründung der Islamischen Republik geführt hat.

Sollte sich die gegenwärtige Lage fortsetzen, sehe sie keinen Grund dafür, im nächsten Jahr an der Präsidentschaftswahl teilzunehmen. „Die Teilnahme an den Wahlen bedeutet, dass man das gegenwärtige System akzeptiert. Das verleiht auch den Verantwortlichen die Illusion, sie seien auf dem richtigen Weg. (...) Wenn ich zu entscheiden hätte, würde ich ohne Vorbedingungen für die Wiedereröffnung der US-Botschaft in Teheran und der iranischen Botschaft in Washington stimmen,“ sagte Rafsandschani.

### **KLERIKER LEHNEN TREFFEN MIT AHMADINEDSCHAD AB**

Der ehemalige Präsident Mahmud Ahmadinedschad, der seit längerem versucht, sich in die aktuelle Politik einzumischen, um, wie Beobachter vermuten, im nächsten Jahr wieder für das Amt des Präsidenten kandidieren zu können, ist von geistlichen Instanzen zurückgewiesen worden. „Die Kleriker haben nicht vergessen, was Ahmadinedschad während seiner Präsidentschaft alles angerichtet hat,“ sagte Ayatollah Ali-Akbar Massudi am 2. August dem Nachrichten Portal Khabar-Online. Deshalb hätten sie seine Bitte um ein Treffen abgelehnt. „Er war acht Jahre Präsident und hat nichts Positives zustande gebracht.“ Es sei schon dreist, erneut kandidieren zu wollen. Es wäre wohl besser, wenn er zu Hause bleiben und Gott bitten würde, ihm zu vergeben, sagte Massudi.

Ahmadinedschad war eine Woche zuvor in die Pilgerstadt Ghom gereist, wo ein Großteil der schiitischen Instanzen residiert. Ein Treffen mit den Klerikern hätte seinem Ansehen mehr Gewicht verliehen. Doch sein Bemühen um ein Treffen war vergeblich. Nur ein Ayatollah zeigte sich bereit, ihn zu empfangen.

Der Populist Ahmadinedschad, der von 2005 bis 2013 regierte, wurde in der ersten Periode seiner Amtszeit von den Konservativen und Ultras unterstützt. Revolutionsführer Ali Chamenei sparte nicht mit lobenden Worten und bekundete mehrmals öffentlich, dass der Präsident ihm politisch und ideologisch sehr nahe stehe. Doch in der zweiten Periode seiner Amtszeit wendete sich das Blatt. Ahmadinedschad schlug eigene Wege ein und geriet damit sowohl mit Chamenei als auch mit dem Klerus in Konflikt. Heute versucht er durch seine Attacken gegen die Justiz sowie gegen die Außenpolitik der Regierung Rohani, seine Basis in der Bevölkerung zu erweitern.

### **HINRICHTUNG EINES TEILNEHMERS DER DEMONSTRATIONEN IM JANUAR 2018**

Den Berichten der iranischen Medien zufolge wurde Mostafa Salehi, der an der Protestdemonstration im Januar 2018 teilgenommen hatte, am 5. August hingerichtet. Er

wurde beschuldigt, ein Mitglied der Revolutionsgarden getötet zu haben. Die Angehörigen des Getöteten hätten der Hinrichtung zugestimmt, hieß es in den Medien. Nach der islamischen Gesetzgebung, das auf dem Prinzip „Aug um Auge, Zahn um Zahn“ beruht, werden Personen, die jemanden getötet haben, mit dem Tod bestraft, es sei denn, die Angehörigen des Getöteten verzichten auf die Hinrichtung oder geben sich mit einem zu vereinbarenden Schadenersatz zufrieden.

Salehi hatte im Gericht vehement bestritten, den Gardisten getötet zu haben. Dennoch wurde er von einem Revolutionsgericht in Isfahan zum Tode verurteilt. Später wurde das Urteil vom Obersten Gericht bestätigt. Der 30-jährige wurde ohne Kenntnis seiner Angehörigen einen Tag zuvor in eine Einzelzelle gebracht und am nächsten Tag hingerichtet.

Unverzüglich nach Bekanntwerden der Hinrichtung gab es in den sozialen Netzwerken sowie seitens der Menschenrechtsorganisationen Proteste. Es ist bemerkenswert, dass die Hinrichtung gerade zu einer Zeit, in der Millionen Menschen in und außerhalb Irans gegen die geplante Hinrichtung von drei zum Tode verurteilten Demonstranten protestiert haben, vollzogen wurde. Der Vollzug des Todesurteils gegen die drei wurde unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit vorläufig vertagt. Doch zugleich wurde bekannt gegeben, dass die Todesurteile gegen weitere fünf Teilnehmer der Protestdemonstrationen von 2018 bestätigt worden seien. Sie waren erst ein Jahr nach den Unruhen festgenommen worden. Es wird befürchtet, dass es in den nächsten Wochen zu weiteren Hinrichtungen kommen wird.

## DEUTSCH-IRANER ENTFÜHRT

Der iranische Geheimdienst meldete am 1. August, dass Dschamschid Scharmahd, Leiter der Organisation „Tondar“, mit Sitz in den USA, festgenommen worden sei. „Der Chef der monarchistischen „Terrorgruppe“ befindet sich in „den mächtigen Händen“ der iranischen Sicherheitsorgane, hieß es in der Bekanntgabe des Informationsministeriums. Scharmahd wird vorgeworfen, an Terroranschlägen und Sabotageakten in Iran beteiligt gewesen zu sein, unter anderem soll er im April 2008 einen Bombenanschlag auf eine Moschee in der Stadt Schiras mitorganisiert haben, bei dem 14 Menschen den Tod fanden. 215 Menschen wurden verletzt.

Geheimdienstchef Mahmud Alawi sagte: „Dieser Mensch stand unter dem Schutz amerikanischer und israelischer Geheimdienste. Sie konnten sich kaum vorstellen, dass es uns gelingen würde, ihre Tarnungen zu durchkreuzen und ihn bei komplizierten Operationen festzunehmen. Die Amerikaner glauben, dass er sich noch im Ausland befindet. Sie werden bald die Wahrheit erfahren.“ Scharmahd und seine Organisation hätten „ungefähr 27 Terroranschläge geplant, die wir rechtzeitig vereitelt haben.“

Der 65-jährige Scharmahd ist Iraner mit deutscher Staatsbürgerschaft, lebt aber in Los Angeles. Das Teheraner Informationsministerium behauptet, ihn in Iran festgenommen zu haben. „Komplizierte Operationen“ hätten schließlich zu seiner Verhaftung geführt, hieß es. Demgegenüber erklärte sein Sohn Schayan Scharmahd, sein Vater habe sich zunächst in Dubai aufgehalten und sei dann nach Oman weitergereist. Sein Ziel sei Indien gewesen, wo er einige Geschäft abzuwickeln gehabt habe. Die Familie habe zuletzt am 28. Juli zu ihm Kontakt gehabt, danach sei er nicht mehr erreichbar gewesen. Aus Mobilfunkdaten geht hervor, dass Scharmahd sich beim letzten Kontakt zu seinen Angehörigen auf dem Internationalen Flughafen von Dubai aufgehalten hat. Die letzten Funksignale stammen aus Oman. Die Daten stimmen mit den Angaben des Sohnes überein. Zwei Tage nach den letzten Funksignalen gab das Informationsministerium in Teheran die Festnahme Scharmahds bekannt. Alles deutet daraufhin, dass er entführt worden ist.

Die monarchistische Organisation Tondar mit Sitz in Kalifornien (Kingdom Assembly of Iran) verfolgt das Ziel, die Islamische Republik zu stürzen und die 1979 gestürzte Monarchie wieder einzuführen. Auf der Webseite von Radio Tondar wurden Ratschläge für Straßenkämpfe und Methoden des Widerstands gegen Ordnungs- und Sicherheitskräfte erteilt.

Nach seiner Festnahme „gestand“ Scharmahd im staatlichen Fernsehen, Bombenlegungen und Sprengungen organisiert zu haben. Dem Angeklagten waren beim Interview die Augen zugebunden. Allgemein wird in Iran stark vermutet, dass solche „Geständnisse im Fernsehen“ unter Folter und Androhungen erzwungen werden. Angehörige von Scharmahd erklärten, er sei lediglich Sprecher von Tondar gewesen und habe mit Aktivitäten in Iran nichts zu tun. Der Sohn sagte, sein Vater sei gezwungen worden, einen Text vorzulesen, den man ihm vorgelegt habe. Radio Tondar berichtete, das Regime in Teheran habe im vergangenen Jahr einen Attentatsversuch gegen Scharmahd unternommen. In diesem Zusammenhang sei eine Person in Los Angeles verhaftet worden.

Der Sender veröffentlichte zu der Festnahme eine Erklärung, in der es heißt: „Scharmahd hat sich mit großem Eifer unter schweren Umständen, trotz Engpässen und schweren Hürden, wie ein Feldherr, heldenhaft und mutig, auf ein unsicheres Feld begeben, um das Banner Derafsch-e Kaviani (Symbol des Persischen Reichs der Sassaniden) in das arische Reich zu tragen.“

Westliche Geheimdienste sind der Ansicht, dass das Teheraner Regime in Dubai geheimdienstlich aktiv ist und hunderttausende Iraner, die dort leben, beobachtet. Die Familie von Scharmahd hat sich mit der Bitte um Hilfe an Deutschland gewandt. Einem Bericht der BBC zufolge hat die deutsche Botschaft in Teheran Kontakt mit Scharmahd und Auskunft über seine Festnahme verlangt.

Das US-Außenministerium erklärte, es sei über die Festnahme informiert. „Das iranische Regime hat eine lange Geschichte, wenn es um die Inhaftierung von Iranern und Ausländern auf der Basis falscher Anschuldigungen geht,“ hieß es. Iran solle die völkerrechtlichen Normen einhalten.

2010 wurden zwei Tondar-Mitglieder zum Tode verurteilt und erhängt. Nach Darstellung der Justiz sollen sie Sprengstoff besorgt und Attentate auf Mitglieder der iranischen Führung geplant haben.

## **CORONA EPIDEMIE: STARKER ANSTIEG DER ZAHL DER TOTEN UND INFIZIERTEN**

Wie das Gesundheitsministerium am 2. August bekannt gab, wurde in Iran Anfang des Monats die höchste Zahl der Infizierten nach drei Wochen verzeichnet. Demnach wurden innerhalb von 24 Stunden 2.685 Neuinfizierte gezählt. Die Lage in 25 von 31 Provinzen sei „besorgniserregend,“ sagte die Sprecherin des Ministeriums. Die Zahl der Toten lag bei 208. Somit lag Anfang August die Zahl der Toten insgesamt bei 17.190, die der Infizierten bei 310.000.

Die neuen Rekordzahlen kamen nach Darstellung des Ministeriums durch die Lockerungen der Einschränkungen zustande, auch dadurch, dass immer mehr Menschen die Einhaltung der Maßnahmen vernachlässigten. „Eine Verharmlosung der Situation und eine laxer Einhaltung der Gesundheitsprotokolle können zu einer weiteren Verschlimmerung des Ausbruchs in den Provinzen führen,“ warnte die Sprecherin.

Präsident Hassan Rohani verteidigte die Politik seiner Regierung im Kampf gegen das Corona-Virus. Auf einer Sitzung des Rats zur Koordinierung der Wirtschaft kritisierte er die „Schwarzmalerei und Verbreitung von Gerüchten“ und sagte, „die Erfolge der Regierung

sind unleugbar und aus der Sicht anderer Staaten vorbildlich.“ Die Verbreitung von Resignation und die Schwächung derer, die an vorderster Front des Kampfs gegen die Epidemie stehen, seien Instrumente, die „die fünfte Kolonne unserer Feinde“ in einem „Zermürbungskampf“ verwendet.

Die Regierung wird kritisiert, weil sie im Kampf gegen die Epidemie die notwendigen Maßnahmen nicht getroffen und durchgesetzt hat. Zudem werden ihr vorgeworfen, Tatsachen zu vertuschen und falsche Angaben zu machen. Oft seien die Angaben und damit auch die Entscheidungen widersprüchlich. Rohani hatte zunächst das Aufkommen einer zweiten Corona-Welle bestritten, sagte aber später, die zweite Welle habe das Land längst erreicht. Einmal sagte er Grund für die Verbreitung des Virus seien Versammlungen und Hochzeitfeiern, wenige Tage später erklärte er, man könne auf Versammlungen im Trauermonat nicht verzichten, obwohl der Ärztesverband ein Verbot der Trauerzeremonien dringend gefordert hatte.

Gesundheitsminister Said Namaki erklärte vor dem Gesundheitsausschuss des Parlaments: „Als die Zahl der Toten bei täglich 30 lag, waren wir bestrebt, sie auf unter zehn zu reduzieren. Es war uns klar, dass jede Art der Aufhebung des Versammlungsverbots schwere Folgen haben würde.“ Dies habe er in einem Schreiben dem Revolutionsführer mitgeteilt. „Dennoch wurden die Schulen wieder eröffnet, Beamte und Angestellte gingen wieder zur Arbeit, Moscheen und Freitagsgebete wurden wieder in Betrieb genommen.“ Die Regierung habe die Aufhebung der Einschränkungen mit den Problemen der Wirtschaft begründet, die bewältigt werden müssten.

Vizegesundheitsminister Iradsch Harirtschi forderte am 4. August Geldstrafen bei Verstößen gegen die Maskenpflicht. Personen, die aus finanziellen Gründen keine Masken tragen, sollen ausgenommen werden. „In mehreren Ländern gibt es bereits einen Corona-Bußgeldkatalog, der sich auch als effektiv erwiesen hat,“ sagte er.

Bijan Salimi, stellvertretender Leiter des Gesundheitsamts äußerte die Befürchtung, mit dem Anstieg der Zahl der Schwerkranken, würde die Kapazität der vorhandenen Intensivstationen in den Krankenhäusern zur Behandlung der Patienten nicht ausreichen. Zudem gebe es zu wenig medizinisches Personal.

Anfang August standen zwei Entscheidungen zur Debatte und wurden höchst kontrovers diskutiert. Es ging um die Immatrikulationsprüfungen an den Universitäten und die Zeremonien im Trauermonat. Während Ärzte und Wissenschaftler sich entschieden dagegen äußerten, plädierten Politiker, vor allem religiöse Instanzen dafür, sowohl die Prüfungen als auch die Zeremonien, bei denen sich Hunderttausende versammeln, zuzulassen. Am Ende fiel die Entscheidung zugunsten der Befürworter aus. Während bei den Prüfungen versucht wurde, die Regeln einzuhalten, trugen die meisten Teilnehmenden bei den Trauerzeremonien weder Masken noch hielten sie den vorgeschriebenen Abstand.

Am 21. August gab das Gesundheitsministerium die neuen Zahlen bekannt. Demnach lag die Zahl der Toten insgesamt bei 20.264, die der Infizierten bei 350.279 Personen. Zudem wurde bekannt gegeben, dass im Kampf gegen die Pandemie mindestens 164 medizinische Fachkräfte gestorben seien.

## **STAATSBESAMTE WEGEN SPIONAGE VERURTEILT**

Der Sprecher der Justiz Gholam Hossein Esmaili gab laut iranischen Medien am 11. August bekannt, dass fünf Staatsbeamte aus dem Außenministerium, dem Verteidigungsministerium und der Atomorganisation wegen Weitergabe von geheimen Informationen an israelische und westliche Geheimdienste festgenommen worden seien. Zwei von ihnen seien bereits zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.



Auch Masud M., Generalsekretär der Österreichisch-Iranischen Gesellschaft, sei wegen Spionage verhaftet worden. Ihm wird vorgeworfen, für Deutschland spioniert zu haben. Er habe geheime Informationen über das iranische Raketen- und Atomprogramm an deutsche Geheimdienste weitergeleitet, sagte Esmaili.

Masud M. ist 70 Jahre alt, er ist gebürtiger Iraner, besitzt zugleich die österreichische Staatsbürgerschaft. Er wurde 2019 während eines geschäftlichen Besuchs in Iran festgenommen. Der Maschinenbauer war unter anderem für die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA), die Firma Siemens und österreichisch-russische Luftfahrtprojekte tätig.

### **MITGLIED DES TEHERANER STADTRATS ZUM VERWALTUNGSGERICHT BESTELLT**

Mohammad Dschawad Hagschenas, Mitglied des Teheraner Stadtrats, wurde am 15. August zum Verwaltungsgericht bestellt, weil er immer wieder nichtmanipulierte Angaben über die Folgen der Corona-Epidemie gefordert hatte. Die Regierung sollte der Bevölkerung die Wahrheit sagen.

Der Sprecher des Stadtrats, Ali Aata, sagte, Hagschenas habe die Regierung kritisiert, weil sie die Bevölkerung nicht korrekt über die Folgen der Epidemie informiert. Hagschenas sei Vorsitzender des Kulturausschusses. Er habe als gewähltes Mitglied des Rats lediglich seine Sorgen mitgeteilt. Er hoffe, „dass der Richter ihn freisprechen werde“, sagt Aata.

Hagschenas hatte auf einer Ratssitzung im März und noch einmal im Juni von den Verantwortlichen Transparenz gefordert und kritisiert, dass die Angaben über Tote und Infizierte nicht mehr gesondert für jede Provinz veröffentlicht würden. Die Regierung habe „ohne Grund und Erläuterung“ die Bitte des Rats, die Daten für jede Provinz gesondert bekanntzugeben, ignoriert.

Hagschenas war bereits zuvor zum „Pressegericht“ bestellt worden, was die Kritik der Ratsmitglieder herausgefordert hatte. Das Ratsmitglied Modschi Farahani sagte, die Einbestellung verstoße gegen die Verfassung. Der Staatspräsident, der vor dem Volk ein Eid abgelegt habe, um die Verfassung zu schützen, sollte dagegen einschreiten. Das Gesundheitsministerium hatte seit März dieses Jahres aufgehört, Angaben über die Ausbreitung der Epidemie in einzelnen Provinzen zu veröffentlichen. Eine Begründung für die Unterlassung wurde nicht geliefert. (s. auch Bericht S. 11)

### **LAGE DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN ZEITEN DER CORONA-EPIDEMIE**

Einem Bericht des persischsprachigen Programms der BBC vom 13. August zufolge sind politische Gefangene in Iran wegen Mangels an hygienischen und medizinischen Vorkehrungen in den Gefängnissen stark gefährdet. Derzeit befinden sich die Gefangenen im 8. Trakt des berüchtigten Evin-Gefängnisses im Hungerstreik. Ein Gefangener, der nicht genannt werden wollte, sagte seinem Anwalt: „Den Gefangenen werden keine Mittel zur Verfügung gestellt, um sich gegen das Virus zu schützen.“ Die meisten seien nicht einmal in der Lage, sich eine Maske zu besorgen. „Die Gefangenen müssen die Masken selbst kaufen, dafür fehlt vielen das Geld. Selbst Masken, die von den Gefangenen in der Gefängniswerkstatt hergestellt werden, können sich Gefangene, die kaum Geld haben, nicht leisten.“

In den Trakten, in denen politische Gefangene untergebracht seien, werden die Infizierten von den Gesunden nicht getrennt. Die vom Justizchef versprochene Beurlaubung der

Infizierten habe bislang nicht stattgefunden. Selbst unter dem Gefängnispersonal gebe es Infizierte.

Ein Anwalt sagte, im Eviner Gefängnis gebe es keine angemessenen Maßnahmen gegen das Corona-Virus. Nur ganz selten würden politische Gefangene außerhalb des Gefängnisses medizinisch behandelt. Die international bekannte Anwältin, Menschenrechtsaktivisten und Sacharow-Preisträgerin Nassrin Sotoudeh ist aus Protest gegen „unmenschliche Verhältnisse in den Gefängnissen“ in einen Hungerstreik getreten. Einige andere Gefangene sind ihrer Protestaktion gefolgt.

Das Essen in den Gefängnissen sei ungenießbar und ungesund. Hygienische Vorschriften würden nicht eingehalten. Doch den meisten Gefangenen fehlt das Geld, um sich selbst mit Essen zu versorgen. Die dadurch entstandene körperliche Schwäche macht die Gefangenen für Krankheiten besonders anfällig. Daher seien hunderte Gefangene mit dem Corona-Virus infiziert. Die Zahl der Toten wird offiziell nicht bekannt gegeben. Der Antrag der Weltgesundheitsorganisation, iranische Gefängnisse zu besuchen, wurde abgelehnt. Oft werden politische Gefangene mit Schwerverbrechern zusammen in einer Zelle untergebracht. Das führt nicht selten zu schweren Schlägereien und Misshandlungen.

### **EXPLOSION IN ATOMANLAGE NATANS SEI SABOTAGE GEWESEN**

Nach Wochen gab Iran zu, dass es sich bei der Explosion in der Atomanlage Natans im Juli um Sabotage gehandelt habe. Behrus Kamalwandi, Sprecher der Atomenergieorganisation, sagte am 23. August der staatlichen Nachrichtenagentur Irna zufolge, die Sicherheitsorgane hätten bestätigt, dass die Explosion auf einen Akt der Sabotage zurückzuführen sei. „Wie aber und mit welchen Mitteln die Explosion sich ereignet hat und was im Einzelnen geschehen ist, werden die Sicherheitsorgane zu gegebener Zeit mitteilen.“

Unklar ist aber auch noch, was die Explosion genau verursacht hat. Damals sprachen die Verantwortlichen von kleineren Schäden, die möglicherweise den Prozess der Anreicherung verlangsamen würden. Menschen seien nicht zu Schaden gekommen. Sowohl vor als auch nach Natans hatte sich an anderen Orten eine Reihe von Explosionen und Brände ereignet, deren Ursachen bislang nicht bekannt gegeben worden sind. Beobachter in Iran gehen davon aus, dass es sich auch bei diesen Ereignissen, nicht um zufällige Unfälle gehandelt habe.

---

## **KULTUR**

---

Schauspieler Bahman Mofid gestorben / Zeitung „Sanat-e Dschahan“ verboten / Chefredakteur Samimi muss ins Gefängnis

---

### **SCHAUSPIELER BAHMAN MOFID GESTORBEN**

Der bekannte iranische Theater- und Kinodarsteller Bahman Mofid starb am 16. August im Alter von 78 Jahren. Er war auch Sprecher im Puppentheater.

Mofid wuchs in einer Künstlerfamilie auf. Als Student besuchte er die Hochschule für Schöne Künste in Teheran und wurde im Fach Dramaturgie ausgebildet. Schon in seinen Jugendjahren spielte er im Theater seines Vaters Gholamhossein Mofid und seines Bruders Bijan Mofid.

Mofids Neffe Yaschar Samimi Moghaddam berichtete der Agentur Isna, sein Onkel sei an Lungenkrebs erkrankt gewesen. Berühmt wurde Mofid durch seine kurze Rolle in dem Film

„Der Kaiser“ von Masud Kimiai. Viele Iraner erinnern sich daran, wie meisterhaft er seine Rolle spielte. Beeindruckend waren auch die unvergesslichen kurzen Dialoge. Er hatte auch in dem berühmten Stück, „Schahre Ghesseh“ (Die Märchenstadt) unter der Regie seines Bruders Bijan Mofid und Masud Kimiai, eine Rolle übernommen.

In den Jahren vor der Revolution spielte Mofid in mehr als 70 Filmen. Danach wurde er wie viele Künstler an den Rand gedrängt. In einem Interview erzählte er, dass er in einigen „revolutionären“ Filmen gespielt habe. Doch bald sei ihm der Auftritt in Filmen verboten worden. „Ich bin dann zum Theater gegangen,“ sagte er. „Eines Tages kam ein Mann mit einem Revolver und ordnete die Schließung des Theaters an. Ich siedelte nach Amerika um. Dort versuchte ich mich mit gelegentlichen Auftritten durchzuschlagen. Dann kam der Reformpräsident (Mohammad Chatami, 1997-2003) an die Regierung und erklärte, alle Iraner im Ausland könnten innerhalb von zwei Wochen in die Heimat zurückkehren. Ich folgte dem Ruf. Bei der Einreise nahmen sie mir den Pass ab. Damit konnte ich nicht wieder zurück. Das hatte den Vorteil, dass ich bei meiner Mutter blieb.“

Vor vier Jahren schrieb Behsad Farahani, einer seiner Schauspielerfreunde: „Bahman Mofid ist mein Freund, er ist auch mit mir verwandt. Wir kommen beide aus Gorgan. ... Seit Jahren hat er Berufsverbot. Ich habe in den vergangenen 17 Jahren mit fünf Staatspräsidenten um die Aufhebung des Verbots verhandelt. Vor kurzem war Herr Dschannati (ehemaliger Kulturminister unter Rohani) so freundlich und stimmte zu. Auch das Informationsministerium äußerte sich positiv. Doch andere Sicherheitsdienste verhinderten die Aufhebung des Verbots. Was hat Mofid eigentlich verbrochen, dass er in all den Jahren seinen Beruf nicht ausüben darf? Lasst doch den alten Künstler wieder spielen!“

## ZEITUNG „SANAT-E DSCHAHAN“ VERBOTEN

Auf Anweisung des Presseaufsichtsrats wurde das Erscheinen der Zeitung „Dschahan-e Sanat“ (Welt der Wirtschaft) am 10. August eingestellt. Wie der Chefredakteur der Zeitung der Presse mitteilte, wurde das Verbot mit der Veröffentlichung eines Interviews unter dem Titel „Den Angaben der Regierung (über die Folgen der Epidemie) ist nicht zu trauen“ begründet. Es diskutiert Zahlen, die offiziell über Tote und Infizierte durch das Corona-Virus veröffentlicht werden. In dem Interview hatte Mohammad Resa Mahbubfar, Epidemiologe und Mitglied des Stabs zur Bekämpfung des Corona-Virus, erklärt: „Angesichts des Widerspruchs zwischen den Protokollen und den politischen und sicherheitspolitischen Erwägungen, besteht kein Zweifel, dass die offiziell veröffentlichten Zahlen manipuliert sind.“

Hier eine Zusammenfassung des ersten Teils des Interviews:

Seit Beginn der Corona-Krise sind sechs Monate vergangen. Während dieser Zeit wurden schwankende Zahlen über Tote und Infizierte veröffentlicht. Wenn es mehr als 20 Tote gab, verordnete die Regierung geringe Einschränkungen. Diese wurden aufgehoben, sobald die Zahl geringer wurde. Die Regierung verfolgt eine zweigleisige Politik, einerseits soll die erkrankte Wirtschaft angekurbelt werden, andererseits sollen nicht so viele Menschen sterben. Viele haben von Anbeginn an die von der Regierung veröffentlichten Zahlen nicht geglaubt und die Zahl der Toten und Infizierten viel höher geschätzt. Viele meinen, wenn keine drastischen Einschränkungen beschlossen werden, werde es bald zu einer großen Katastrophe kommen.

Dazu sagte Mahbubfar, bereits einen Monat bevor die Existenz des Corona-Virus von der Regierung offiziell bekannt gegeben wurde, gab es den ersten Corona-Infizierten. Doch zunächst wurden die Fakten aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen geheim gehalten. Es ging um den Jahrestag der Revolution (11. Februar) und um die Parlamentswahlen (21. Februar). Auch danach wurden die Zahlen manipuliert. Nach

meiner Überzeugung liegt die Zahl der Toten und Infizierten zwanzigmal höher als die, die vom Gesundheitsministerium bekanntgegeben wird.

Die Äußerungen Mahbubfars wurden vom Gesundheitsministerium dementiert. Mahbubfar sei kein Mitglied des Krisenstabs, seine Angaben seien falsch, unsachlich und unprofessionell.

### CHEFREDAKTEUR SAMIMI MUSS INS GEFÄNGNIS

Kaywan Samimi, Chefredakteur der Zeitung „Iran-e Farda“, wurde am 21. August aufgefordert, seine Gefängnisstrafe anzutreten. Samimi schrieb bei Telegram, er sei aufgefordert worden, am 25. August im Eviner Gefängnis zu erscheinen, um seine dreijährige Haftstrafe anzutreten. Ein Revolutionsgericht hatte ihn zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Urteil wurde vom Revisionsgericht bestätigt. Er wird beschuldigt, politische Gefangene verteidigt und am 1. Mai, dem internationalen Tag der Arbeiter, an einer Kundgebung der Werk tätigen teilgenommen zu haben. Samimi war bereits nach den landesweiten Unruhen von 2009 gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Samimi ist auch Vorsitzender des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit.

---

### WIRTSCHAFT

---

Arbeiterstreiks in mehreren Provinzen / Vereinbarung mit Südkorea über Freigabe iranischer Guthaben / Iran hat wirtschaftlich weniger unter Corona gelitten als andere Länder / Chamenei wirft Europäern „leere Versprechen“ vor / Mehr als 260 Millionen Euro Verlust für Tourismusindustrie durch Epidemie

---

### ARBEITERSTREIKS IN MEHREREN PROVINZEN

Im Monat August gab es in mehreren Provinzen Arbeiterstreiks. Am 1. August legten zahlreiche Arbeiter der Ölindustrie in verschiedenen Orten im Süden des Landes ihre Arbeit nieder. Grund des Streiks war der Ausfall von Löhnen und Prämien. Doch ein Vorstandsmitglied der Ö Raffinerie in Gheschm sagte der Nachrichtenagentur Ilna, den Streikenden gehe es nicht um Lohnausfall, sondern um Lohnerhöhung. Lohnausfälle habe es nicht gegeben.

Tatsache ist, dass die Löhne für die schwere Arbeit, die die Werk tätigen bei hohen Temperaturen leisten müssen, viel zu gering sind. Zudem kommt es oft vor, dass die Löhne nicht pünktlich, sondern nach monatelanger Verzögerung gezahlt werden. Wenige Tage zuvor war ein Arbeiter in der petrochemischen Fabrik der Stadt Maschaht, Ebrahim Arabsadeh, wegen zu großer Hitze (fast 50 Grad) gestorben. Der Stadtkommandant von Maschaht machte die Arbeitgeber dafür verantwortlich. „Die Arbeitgeber sind für den Schutz und die Gesundheit der Werk tätigen verantwortlich“, sagte er. Der Krisenstab der Provinz habe die Reduzierung der Arbeitszeit dringend empfohlen. Doch die Arbeiter hätten in der glühenden Hitze nach wie vor zwölf Stunden pro Tag arbeiten müssen.

Einige Wochen zuvor hatte sich Omran Roschani Moghaddam, ein Arbeiter in Homeiseh, im Westen der Provinz Chusistan, erhängt, weil ihm sein ausgefallener Lohn nicht ausgezahlt wurde. Die Nachricht hatte zu heftigen Protesten in den sozialen Netzwerken geführt. Viele zeigten sich verwundert darüber, dass die Arbeiter gerade in der Öl- und chemischen Industrie, wo sich die größten Einnahmequellen des Landes befinden, notleiden und hungern müssen.

Auch in der Zuckerindustrie in Hafttappeh, setzten die Arbeiter ihren schon seit über einem Monat andauernden Streik fort. Sie haben seit drei Monaten keinen Lohn bekommen. Auch am 2. August setzten die Arbeiter in der chemischen, petrochemischen und in der Ölindustrie an mehreren Orten und Provinzen ihre Streiks fort. Neu ist, dass die Streiks miteinander koordiniert wurden. Zu den Lohnforderungen kommen Forderungen hinzu, die die Sicherheit und Gesundheit der Werkstätigen betreffen.

Drei Parlamentsabgeordnete haben laut der Agentur Ilna am 2. August die Kundgebung der Zuckerfabrik in Hafttappeh in Schusch besucht. Dabei sei ein Abgeordneter wegen der starken Hitze in Ohnmacht gefallen. Der Abgeordnete Nesam Addin schrieb auf Twitter: „Wir haben fünf Stunden lang mit den Arbeitern über ihre Forderungen gesprochen. Theoretisch war ich schon immer gegen die zügellose Privatisierung staatlicher Unternehmen gewesen. Heute konnte ich das Ausmaß der Katastrophe mit eigenen Augen sehen.“

Am 4. August schlossen sich die Arbeiter der petrochemischen Industrie in Isfahan den Streiks ihrer Kollegen in anderen Provinzen an. 14 Arbeiterorganisationen veröffentlichten am 4. August eine gemeinsame Erklärung, in der es heißt: „Die Massenproteste der Werkstätigen in mehreren Provinzen und an sensibelsten Produktionsstätten des Landes deuten darauf, dass die Proteste auf das ganze Land übergreifen. Schon seit Jahren sind Klagerufe der Arbeiter über Lohnausfälle, niedrige Löhne und Anstieg der Preise aus allen Teilen des Landes zu vernehmen.“

Tatsächlich häufen sich die Streiks in verschiedenen Industriegebieten. Doch in Iran fehlen unabhängige, freie Gewerkschaften, die die Streiks koordinieren und landesweite Proteste organisieren könnten.

## **VEREINBARUNG MIT SÜDKOREA ÜBER FREIGABE IRANISCHER GUTHABEN**

Nach monatelangen Auseinandersetzungen zwischen Teheran und Seoul kündigte der Chef der iranischen Handelskammer, Hossein Tanhaii, laut der Agentur Ilna an, ein Abkommen mit Korea sei in Vorbereitung. Demnach soll ein Teil des iranischen Guthabens in Südkorea in Form von medizinischen Geräten und Hygieneeinrichtungen zurückgegeben werden.

Bei dem Gespräch, das er am 18. August mit dem Chef der südkoreanischen Handelskammer geführt habe, sei ihm mitgeteilt worden, dass die Koreaner das Abkommen vorbereiteten. „Obwohl bei unseren ersten Gesprächen vereinbart worden war, dass die Koreaner medizinische Geräte im Wert von 50 Millionen Dollar schicken, ist von dieser Vereinbarung nur ein kleiner Teil im Wert von nicht einmal drei Millionen realisiert worden,“ sagte Tanhaii.

Rund sieben Milliarden Dollar iranische Gelder liegen auf zwei koreanische Banken. Diese aus dem Export von Öl erzielten Einnahmen wurden bislang mit Hinweis auf die US-Sanktionen nicht freigegeben. Südkorea war, bevor die US-Sanktionen gegen Iran verhängt wurden, der drittgrößte Importeur iranischen Öls. Seit einigen Monaten verlangt Iran die Freigabe der Gelder und hat bereits mit einer Klage beim internationalen Gerichtshof gedroht.

Tanhaii sagte weiter: „Obwohl die Koreaner sich kompromissbereit zeigen, haben wir unsere Drohung, sie anzuklagen, betont. Sie haben ein wenig Angst bekommen und behandeln die Angelegenheit mit mehr Ernst. Unsere Zentralbank hat vor, die Klage einzureichen. Manche sind dagegen und meinen, wir sollten das Ergebnis der Wahlen in den USA abwarten. Andere hingegen meinen, wir sollten keine Zeit verlieren.“

Etwa vor einem Monat, nachdem Iran mit Klage gedroht hatte, wurde der iranische Botschafter in Seoul, Said Badamtschi, ins Außenministerium einbestellt. Das war, nachdem der damalige Sprecher des iranischen Außenministeriums, Abbas Mussawi, erklärt hatte, sollten die diplomatischen Bemühungen und die Freigabe der Gelder scheitern, werde sich Teheran an internationale Gerichte wenden. „Das Herr-Knecht-Verhältnis zwischen den USA und Südkorea ist ihre Sache, es geht uns nichts an. Südkorea muss seinen Verpflichtungen nachkommen und die Gelder, die Iran gehören, freigeben.“

Iran hat derzeit ein großes Defizit im Haushalt und ist dringend auf Gelder angewiesen. Zudem braucht das Land Devisen. Daher drängt Teheran auf Freigabe von Geldern, die nicht nur in Südkorea, sondern auch in anderen Ländern gesperrt wurden.

### **IRAN HAT WIRTSCHAFTLICH WENIGER UNTER CORONA GELITTEN ALS ANDERE LÄNDER**

Irans Präsident Hassan Rohani sagte auf einer Kabinettsitzung am 23. August, Irans Wirtschaft habe unter der Corona-Epidemie weniger gelitten als die Wirtschaft anderer Länder. Während die Wirtschaft anderer großer Länder durch die Corona-Epidemie um bis zu 20 Prozent geschrumpft sei, liege der Verlust bei der iranischen Wirtschaft bei nur drei Prozent. Das zeige den Erfolg der Regierung bei der Bewältigung der Probleme und bei der Verwaltung des Landes.

Die Arbeitslosigkeit habe lediglich um 1,1 Prozent zugenommen. Laut dem iranischen Amt für Statistik lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr bei 9,8 Prozent. Rohani erwähnte insbesondere den drastischen Fall der Ölpreise und die US-Sanktionen, die zur Verschlechterung der Wirtschaft beigetragen hätten. Er sagte, seine Regierung habe versucht, den Haushalt soweit wie möglich von den Öleinnahmen unabhängig zu machen und die entstandene Lücke durch andere Einnahmequellen zu füllen, zum Beispiel durch mehr Steuereinnahmen oder durch die Teilnahme an der Börse. Im vergangenen Jahr sei der Haushalt nur noch zu 9,9 Prozent von Öleinnahmen abhängig gewesen. Inzwischen sei es noch geringer geworden.

Eine weitere Errungenschaft der Regierung sei das Senken der Inflationsrate unter zehn Prozent. Den Angaben des Statistikamts zufolge lag die Inflationsrate für iranische Haushalte bei 25,8 Prozent.

Im Bereich der Bauindustrie seien beachtliche Fortschritte erzielt worden. In den vergangenen sieben Jahren, in denen seine Regierung im Amt sei, seien 4,5 Millionen Wohneinheiten gebaut worden, sagte Rohani. Dem Regierungschef dürfte wohl bekannt sein, dass das Wohnungsproblem zu den größten Problemen gehört, unter denen iranische Familien leiden. Zumal die Preise auf dem Immobilienmarkt in den letzten Jahren astronomisch gestiegen seien. Laut Angaben der Zentralbank ist der durchschnittliche Preis für ein Quadratmeter Boden in der Hauptstadt Teheran innerhalb eines Jahres von 13 Millionen Tuman auf 21 Millionen Tuman gestiegen, das heißt um fast 57 Prozent.

Der Kapitalmarkt gehörte zu den wichtigsten Einnahmequellen der Regierung. Doch er befindet sich derzeit auf Talfahrt. Dem Bericht Rohanis, der die Lage positiv darzustellen versucht, steht die miserable Lage der Wirtschaft entgegen. Die Inflation, die das Leben der Menschen stark belastet, hat in den vergangenen Wochen Rekordhöhen erreicht. Der Staatshaushalt leidet unter einem starken Defizit, obgleich er in den vergangenen Monaten durch höher Steuereinnahmen und Teilnahme am Börsenmarkt eine leichte Besserung erlebte. Derzeit plant die Regierung den Vorverkauf von Öl, um mehr Geld in die Staatskasse zu bekommen. Gegner dieses Plans meinen, damit würden Schulden auf die nächste Regierung übertragen. Die Regierung hingegen ist der Meinung, damit die

Wirtschaft in Schwung bringen zu können. Rohani bezeichnete den Plan als eine „saftige Ohrfeige für die USA.“

### **CHAMENEI WIRFT EUROPÄERN „LEERE VERSPRECHEN“ VOR**

Bei einer Rede zum Opferfest am 31. Juli warf Revolutionsführer Ali Chamenei den Europäern „leere Versprechen“ vor. „Verhandeln und nachgeben“ seien kein Mittel gegen die Sanktionen. Der einzige Weg sei, sich auf die eigene Kraft zu stützen.

Die US-Sanktionen bezeichnete Chamenei als „ein großes Verbrechen.“ Obwohl das Atomabkommen Iran großen Schaden zugefügt habe, stelle das Atomprogramm eine „unbedingte Notwendigkeit“ für die Zukunft des Landes dar.

Chamenei, dessen Rede zum Opferfest vom Fernsehen übertragen wurde, sagte: „Wir dürfen uns nicht auf die Versprechen der Europäer verlassen. Als 2018 die Amerikaner aus dem Atomabkommen austraten, haben die Europäer uns hingehalten. Das hat unserer Wirtschaft einen enormen Schaden zugefügt. Ihr letztes Gaukelspiel war der sogenannte Instex, was schädlich und irreführend ist. Aber selbst diesen Plan haben die Europäer nicht umgesetzt.“

Instex ist eine von den Europäern gegründete Ersatzgesellschaft, die ungeachtet der US-Sanktionen den Handel mit Iran ermöglichen sollte. Doch bisher hat diese Einrichtung nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Kritiker sprechen von einer Hinhaltenaktik der Europäer, um eine Kündigung des Abkommens durch Iran zu verhindern.

Chamenei sagte weiter, die Sanktionen seien zwar hart gewesen, sie hätten aber zur Erneuerung und Weiterentwicklung der eigenen Industrie und Wirtschaft geführt. Um den Sanktionen entgegen zu wirken, nutzen keine Verhandlungen mit den USA. „Unsere Feinde wollen durch Sanktionen und Verdrehung der Tatsachen, unser Volk in die Knie zwingen und unsere Wirtschaft ruinieren. Wir müssen uns auf unsere eigene Kraft verlassen,“ sagte der Revolutionsführer.

### **MEHR ALS 260 MILLIONEN EURO VERLUST FÜR TOURISMUSINDUSTRIE DURCH EPIDEMIE**

Das Ministerium für Kulturerbe, Tourismus und Handwerk gab bekannt, dass die Corona-Epidemie der Tourismusindustrie bislang einen Verlust in Höhe von mehr als 260 Millionen Euro beschert hat. 13.000 Reiseführer hätten ihren Job verloren. Auch die Reisebüros hätten große Verluste hinnehmen müssen.

Auch der Chef des Vereins der Hotelbesitzer, Dschamschid Hamsehsadeh, erklärte, seine Branche habe in der Zeit von Februar bis Juli einen Verlust von mehr als 210 Millionen Euro hinnehmen müssen. Und der Geschäftsführer des Vereins, Kamiar Eskandariun, sagte: „Alle Versprechungen der Regierung, die Hotelbesitzer und die Tourismusindustrie zu unterstützen, sind leere Worte. Wir haben keine Unterstützung bekommen.“

Sara Sahab, Besitzerin eines Hotels auf der Insel Hormos sagte der BBC: „Ich habe gut verdient, bis Corona kam. Dann wurde alles geschlossen. Ich war gezwungen, alles aufzugeben, alles, was ich besaß, ging verloren. Jetzt muss ich mir einen anderen Job suchen.“ Modschataba, Geschäftsführer einer Touristenagentur, sagte: „Die Regierung habe im März erklärt, sie sei bereit den Reiseunternehmern günstige Kredite zu Verfügung zu stellen, vorausgesetzt, die bestehenden Arbeitsplätze würden erhalten bleiben. Wie soll aber ein Reisebüro, das null Einnahmen hat, die Angestellten plus deren Sozialabgaben bezahlen?“

Die Tourismusindustrie spielt in Iran im Vergleich zu anderen Ländern wie die Türkei innerhalb der Gesamtwirtschaft eine geringe Rolle, obwohl das Land selbst, die Vielfalt der Landschaft, die historischen Bauten und nicht zuletzt die sprichwörtliche Gastfreundschaft für Touristen höchst attraktiv wären. Dass nur eine geringe Zahl von Touristen Iran besucht, liegt daran, dass in diesem Bereich zu wenig investiert wird. Auch die Kopftuchpflicht für Frauen und das Alkoholverbot spielen eine wichtige Rolle. Schließlich halten die politischen Zustände, die Kontrollen und Ereignisse wie der Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine viele Touristen von einem Iran-Besuch ab.

### **CHAMENEI GEGEN EINFUHR VON LUXUSWAREN UND IMMOBILIENKAUF IM AUSLAND**

Bei einem Treffen mit den Mitgliedern der Regierung betonte Revolutionsführer Ali Chamenei die Notwendigkeit, zum Ausgleich der Sanktionen, die Inlandproduktion zu stärken. „Wir dürfen die Realisierung unserer Planungen nicht von der Aufhebung der Sanktionen oder Wahlergebnisse anderer Staaten abhängig machen (USA). Wir müssen davon ausgehen, dass die Sanktionen zum Beispiel noch zehn weitere Jahre bestehen bleiben. Also müssen wir uns auf unsere eigenen Kräfte konzentrieren,“ sagte Chamenei. „Wir müssen unsere Wirtschaft so gestalten, dass sie Sanktionen nicht beeinträchtigen können.“ Chamenei vertrat bereits früher die Ansicht, dass das Land von den Öleinnahmen unabhängig werden müsste. Das sei der einzige Weg, um etwaigen Sanktionen widerstehen zu können. Doch auch er selbst vermochte bislang nicht, konkrete Alternativen vorzuschlagen.

Es habe keinen Sinn, Rohstoffe wie Mineralien und Edelmetalle zu verkaufen, um sie später verarbeitet mit einem weit höheren Preis einzuführen, sagte der Revolutionsführer. „Wir müssen mehr im Inland investieren,“, sagte er, verriet aber nicht, woher das Kapital kommen sollte. Weiter forderte er die starke Einschränkung des Imports von Luxuswaren und den Kauf von Immobilien im Ausland. Viele Iraner kaufen Immobilien, vor allem in der Türkei, weil die Türkei seit geraumer Zeit den Käufern die türkische Staatsangehörigkeit anbietet.

Chamenei erwähnte auch das Internet. Er sehe ein, dass das Internet inzwischen „zu einem Teil des Lebens“ geworden sei. Aber das Internet werde vom Ausland aus verwaltet. „Wir können nicht die Menschen unseres Landes schutzlos diesen Verwaltern ausliefern,“ sagte er. Damit meinte er wohl, das Internet müsse noch mehr als bisher kontrolliert und zensiert werden.

---

### **AUSSENPOLITIK**

---

Streit um Waffenembargo gegen Iran / Stellungnahme der Europäer gegen den Antrag der USA / Iranbeauftragter Hook legt Amt nieder / Bolton: Es war ein Fehler, keinen Regimewechsel in Iran anzustreben / Iran verurteilte Annäherung zwischen Israel und Emiraten / Pakistan vermittelt zwischen Teheran und Riad / Unklare Verhältnisse zwischen Iran und Taliban / USA fordern hartes Vorgehen gegen pro-iranische Kräfte in Irak / Iran wirft Saudi-Arabien vor, Bau von Nuklearwaffen zu planen

---

### **STREIT UM WAFFENEMBARGO GEGEN IRAN**

Die USA sind, wie mehrmals von US-Präsident Donald Trump angekündigt, fest entschlossen, das Waffenembargo gegen Iran zu verlängern, mit dem Ziel das Atomabkommen zu vernichten. Der erste Versuch, dies durch eine Resolution im UN-Sicherheitsrat zu erreichen, scheiterte kläglich.



Am 13. August legten die USA dem UN-Generalsekretär den Entwurf einer Resolution vor, die den Sicherheitsrat aufforderte, die unbegrenzte Verlängerung eines Waffenembargos gegen Iran zu beschließen. Das Embargo soll, wie im Atomabkommen vorgesehen, am 18. Oktober aufgehoben werden. Zugleich versuchten die USA, auf die Mitglieder des Sicherheitsrats, insbesondere, auf die europäischen Mitglieder, Druck auszuüben, um ihre Zustimmung zu dem Entwurf zu erhalten. „Verletzte Gefühle über den Rückzug der USA aus dem Atomabkommen sind für mich keine Entschuldigung für die Bewaffnung von Terroristen,“ sagte die amerikanische UN-Botschafterin Kelly Craft im Interview mit der dpa am 14. August. Sollte der Entwurf abgelehnt werden, würden die USA sich der Auslösung des Snapbacks bedienen, drohte sie. (Snapback ist ein Mechanismus, der laut dem Atomabkommen dann ausgelöst wird, wenn ein Mitglied des Abkommens feststellt, dass Iran seine Pflichten versäumt. In diesem Fall werden alle Sanktionen, die vor dem Abkommen gegen Iran bestanden, wieder in Gang gesetzt). „Meine Geduld geht zu Ende, um ganz ehrlich zu sein,“ sagte Craft weiter. Überall und bei allen Konflikten in der Region seien Irans „Fingerabdrücke“ zu finden. „Ich halte niemanden als Geisel. Hier gibt es eine Wahl. Sie haben die Wahl zwischen der Unterstützung des Terrorismus oder der Unterstützung von Frieden und Sicherheit,“ sagte die Botschafterin der dpa.

Unterstützung bekamen die USA von den arabischen Staaten am Golf. Die sechs Staaten, Bahrain, Kuwait, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien forderten in einer gemeinsamen Erklärung die UNO auf, das Embargo gegen Iran zu verlängern. US-Außenminister Mike Pompeo begrüßte die Erklärung und twitterte, die UNO müsse zwischen der Unterstützung von Terroristen (Iran) und der Unterstützung der Staaten am Persischen Golf wählen. „Israel und die arabischen Staaten sprechen mit einer Stimme, die UNO muss auf sie hören.“

Irans Präsident Hassan Rohani drohte mit Konsequenzen, sollte der Sicherheitsrat die Verlängerung des Embargos beschließen.

Doch der Druck auf die Mitglieder des Sicherheitsrats nutzte nichts und die USA erlebten ein Desaster, das in der UN-Geschichte einmalig war. Nur zwei der 15 Mitglieder stimmten für den Entwurf, die USA selbst und die Dominikanische Republik. Russland und China stimmten dagegen. Der Rest, darunter auch Deutschland, Großbritannien und Frankreich, enthielten sich. Der Sicherheitsrat habe versagt, die Ablehnung sei „unentschuldig“, sagte Pompeo. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bezeichnete die Entscheidung als „skandalös.“ „Statt sich Waffenkäufern entgegenzustellen, fördert der Sicherheitsrat sie,“ sagte er. Israels Außenminister Gabi Ashkenasi sagte, die Entscheidung werde ohne Zweifel zu einer Verschlechterung der Lage im Nahen Osten führen.

Irans Präsident Hassan Rohani sprach von einem „historischen Ereignis,“ das die Stärke des Atomabkommens zeige, ein Abkommen, das dem Frieden in der Region und der gesamten Welt diene. „Die Vereinigten Staaten sind bei dieser Verschwörung gescheitert und gedemütigt worden,“ sagte er. Außenamtssprecher Abbas Mussawi sagte, so isoliert seien die USA noch nie im UN-Sicherheitsrat gewesen. Auch die aktive Diplomatie des Außenministeriums habe zu dem Erfolg einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Nun kündigte US-Präsident Donald Trump an, seine Regierung werde den Snapback auslösen. Das ist ein sehr umstrittenes Vorhaben, das wie der erste Versuch scheitern könnte. Die Auslösung des Snapbacks ist den Mitgliedern des Atomabkommens vorbehalten. Die USA haben 2018 mit ihrem Austritt aus dem Abkommen ihre Mitgliedschaft aufgegeben und sind damit nicht berechtigt, den Snapback auszulösen. Sie argumentieren dagegen, sie hätten die zum Abkommen gehörige UN-Resolution mitunterzeichnet und seien damit berechtigt, die Auslösung zu beantragen.

Sowohl die Europäer als auch Russland und China zeigten sich über den neuen Schritt der USA besorgt und warnten vor den Folgen. Russlands Präsident Wladimir Putin schlug einen Krisengipfel der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschlands vor. Die UNO werde von einer Spaltung bedroht, warnten Beobachter. Gleichgültig ob die Amerikaner mit ihrem Versuch scheitern oder nicht, es würde zu Verwerfungen kommen. Allen Unkenrufen zum Trotz reiste Pompeo am 20. August nach New York und überreichte offiziell dem turnusmäßigen Vorsitzenden (Vertreter Indonesiens) des Sicherheitsrats den Antrag auf Ingangsetzung des Snapbacks. Damit sollte nach amerikanischer Auffassung automatisch eine Frist von 30 Tagen beginnen, nach deren Ende alle Sanktionen gegen Iran wieder in Kraft treten, es sei denn der Sicherheitsrat verabschiedet eine Resolution, die die Aufhebung der Sanktionen verlängert. Doch die USA würden, so der Plan, diese Resolution durch ein Veto zu Fall bringen.

Doch der Ratsvorsitzende aus Indonesien machte dem Weißen Haus einen Strich durch die Rechnung. Der Mangel an Konsens unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats über die Wiedereinführung der Sanktionen gegen Iran hindere ihn daran, die amerikanische Initiative weiter zu verfolgen. Dabei berief er sich auf einen Brief, in dem sich 13 der 15 Mitglieder des Rats gegen den amerikanischen Vorstoß ausgesprochen hatten. Nun muss abgewartet werden, ob der nächste Ratsvorsitzende, der ab September turnusgemäß sein Amt übernimmt, dieselbe Auffassung vertritt.

Doch die USA wollen ungeachtet der Stellungnahme des Ratsvorsitzenden, und der nahezu einstimmigen Absage der Mitglieder des Sicherheitsrats, ihren Willen durchsetzen. Nachdem der Sicherheitsrat ihre Aufgabe versäumt habe, Sicherheit und Frieden der Welt zu verteidigen, hätten die USA den 30-tägigen Prozess zur Wiederaufnahme sämtlicher von der UNO beschlossenen Sanktionen gegen Iran in Gang gesetzt, twitterte Pompeo am 27. August nach einem Besuch in Oman, Israel, Sudan, Bahrain und den Arabischen Emiraten. „Die Sanktionen werden am 20. September um Mitternacht in Kraft treten,“ schrieb der Minister.

Iran begrüßte die Entscheidung des Ratsvorsitzenden. „Die rechtswidrige Forderung der USA und das gesetzlose Mobbing von US-Außenminister Pompeo haben zu einer neuen Isolierung der USA geführt,“ twitterte Außenminister Sarif. Es sei Zeit für US-Präsident Trump, nicht mehr auf „schikanierende Anfänger“ zu hören. Nach der Ankündigung Pompeos twitterte Sarif am 28. August: „Die Uhren in Pompeos Fantasiewelt ticken wohl anders. Das kommt davon, wenn ein ehemaliger Spionagechef plötzlich Chefdiplomat der USA wird.“

## **STELLUNGNAHME DER EUROPÄER GEGEN DEN ANTRAG DER USA**

In einer gemeinsamen Stellungnahme sprachen Deutschland, Frankreich und Großbritannien den USA das Recht ab, den Snapback auszulösen. „Die USA sind mit ihrem Rückzug aus der Vereinbarung am 8. Mai 2018 kein Mitglied des JCPOAs (offizielle Bezeichnung für das Atomabkommen). „Daher können wir diesen Schritt, der unvereinbar mit unseren aktuellen Bemühungen um das JCPOA ist, nicht unterstützen.“

Die drei Staaten erklären weiter, sie seien mit Blick auf die „destabilisierenden Aktivitäten Irans in der Region“ über die Aufhebung des Waffenembargos „ernsthaft besorgt.“ Daher seien sie bemüht und entschlossen, Lösungen für die Probleme zu finden. Dies allerdings in enger Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und auf diplomatischem Wege. Auch die Probleme bezüglich der „systematischen Verstöße Irans gegen seine Verpflichtungen“ sollen auf dem Wege eines Dialogs gelöst werden. Die Europäer rufen Iran „dringend“ auf, „alle Maßnahmen, die mit seinen nuklearen Verpflichtungen unvereinbar sind, zurückzunehmen und wieder unverzüglich zur vollen Erfüllung des Abkommens zurückzukehren.“

Indes haben die Mitglieder des Atomabkommens ein Treffen für den 1. September in Wien vereinbart. Sie wollen versuchen, einen Ausweg aus der Krise zu finden.

## IRANBEAUFTRAGTER HOOK LEGT AMT NIEDER

Wie US-Außenminister Mike Pompeo am 6. August mitteilte, legte der Iran-Sonderbeauftragte der US-Regierung, Brian Hook, sein Amt nieder. Er habe beim Kampf gegen das iranische Regime „historische Ergebnisse“ erzielt, sagte der Minister. Den Grund des Rücktritts nannte er nicht. Als vorläufiger Nachfolger wurde der Sonderbeauftragte für Venezuela, Elliot Abrams, bestimmt.

Hook war zunächst Berater von Rex Tillerson, des ersten Außenministers unter Präsident Trump. Er setzte trotz Rücktritt Tillersons seine Arbeit im Außenministerium fort. Er war ein entschiedener Gegner des Atomabkommens mit Iran und spielte bei der Politik des „maximalen Drucks“ gegen Iran eine entscheidende Rolle. In einem Interview mit der New York Times sagte er, Iran sei aufgrund des maximalen Drucks schwächer geworden. „Wir streben ein neues Abkommen mit dem Regime in Teheran an.“ Die iranische Wirtschaft sei inzwischen fast zusammengebrochen. „Gleichgültig, ob ein neues Abkommen zustande kommt oder nicht, wir sind jedenfalls höchst erfolgreich gewesen.“ Kritiker hingegen sind der Meinung, Trump sei mit seiner Politik des maximalen Drucks gescheitert. Es sei ihm nicht gelungen, Iran an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Hooks Nachfolger Abrams gehört zum Kreis der Neokonservativen. Er spielte in der Regierungszeit von Präsident Ronald Reagan bei der so genannten Irangate-Affäre oder Ira-Contra-Affäre eine Rolle. Damals, während des Iran-Irak-Kriegs, wurden die Erlöse aus geheimen Waffenkäufen an Iran an nikaraguanischen Contras weitergeleitet. Der Deal flog auf, Abrams wurde wegen Umgehung des Kongresses bestraft und von seinem Dienst suspendiert, doch später wurde er von George Bush (Vater) wieder zurückgeholt.

Auch beim Irak-Krieg (2003) spielte Abrams eine wichtige Rolle. In seiner mehr als vierzigjährigen Zeit außenpolitischer Aktivitäten trat er stets für die aktive Einmischung der USA in Angelegenheiten anderer Staaten ein. Bei seiner gegenwärtigen Funktion als Beauftragter für Venezuela ist Abrams, obwohl erfahrener als Hook, bisher genauso wenig erfolgreich gewesen wie dieser. Nicolas Maduro ist nach wie vor im Amt und die zunehmenden Sanktionen konnten bislang nicht den Weg für die Opposition an die Macht ebnen. 2002 berichtete The Guardian, Abrams habe bei dem gescheiterten Putsch gegen Hugo Chavez, den ehemaligen Präsidenten Venezuelas, eine wichtige Rolle gespielt.

Seine Position Iran gegenüber ist äußerst negativ. Kürzlich bezeichnete er Venezuela und Iran als „zwei verhasste Staaten.“ Bei den iranischen Präsidentschaftswahlen vor drei Jahren plädierte er für den Sieg des Erzkonservativen Ebrahim Raisi, der seinem Rivalen Rohani unterlag und später vom Revolutionsführer Chamenei zum Justizchef ernannt wurde. Seine Parteinahme begründete er wie folgt: „Ganz einfach, Raisi stellt das wahre Gesicht der Islamischen Republik dar, während Rohani eine Tarnung ist. Rohani hat keine Macht, um das Verhalten des Regimes zu ändern, seine Rolle besteht nur darin, den Westen über die Rolle der ‚Gemäßigten‘ zu täuschen. Es ist also, wie wir in der Ära Ahmadinedschad gesehen haben, für uns besser, wenn wir uns über die Islamische Republik und ihre Führung keine Illusionen machen.“

2003 hatte Iran den Entwurf zu einem Friedensabkommen an die USA geschickt. Wie die Washington Post 2007 berichtet, wurde im US-Außenministerium dafür gesorgt, dass die damalige Außenministerin Condoleezza Rice den Entwurf nie in die Hände bekam. Abrams habe dabei eine Schlüsselrolle gespielt. Fraglich ist, ob Abrams der geeignete Diplomat dafür ist, eine Iran-Politik zu verfolgen, die Präsident Trumps Chancen bei der Präsidentenwahl im November erhöhen könnte.

## **BOLTON: ES WAR EIN FEHLER, KEINEN REGIMEWECHELSEL IN IRAN ANZUSTREBEN**

Der frühere nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus, John Bolton, erklärte in einem Interview mit der BBC, es sei ein großer Fehler der Politik von Präsident Donald Trump gewesen, keinen Regimewechsel in Iran anzustreben. „Das Regime in Teheran ist äußerst anfällig,“ sagte er. „Doch die große Tragödie besteht darin, dass die USA und andere Staaten dem iranischen Volk nicht helfen konnten, das Regime zu stürzen.“ Ein Regimewechsel in Iran sei notwendig, seine Basis im Volk sei in den vergangenen 41 Jahren noch nie so geschrumpft gewesen wie jetzt. Um einen Regimewechsel in Iran herbeizuführen, sei keine militärische Intervention der Vereinigten Staaten nötig. Das iranische Volk müsse aufstehen. Solange dieses Regime in Iran an der Macht sei, werde es in der Region keine Ruhe geben.

Bolton war ein entschiedener Gegner des Atomabkommens. Es sei richtig gewesen, aus dem Abkommen auszutreten, sagte er. Diese konfrontative Politik sei nicht gescheitert, aber sie sei nicht ausreichend gewesen.

Bolton gesellte sich nach seinem Ausscheiden aus dem Amt zu den schärfsten Kritikern des US-Präsidenten. Wenige Tage vor seinem Interview mit der BBC veröffentlichte er einen Artikel im Wall Street Journal, in dem er den Plan der Regierung, den sogenannten Snapback-Mechanismus im UN-Sicherheitsrat in Gang zu setzen, kritisierte. Die USA hätten die Mitgliedschaft im Atomabkommen gekündigt. Gemäß der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats seien nur die Mitglieder des Abkommens berechtigt, den Mechanismus einzusetzen. Damit habe Washington kein Recht dazu.

Auf die Frage nach den Folgen der Sanktionen gegen Iran für das iranische Volk, sagte Bolton, die Probleme der iranischen Wirtschaft seien Folge der Jahrzehnte langen Herrschaft der Mullahs.

Bolton ist unter anderem als ein entschiedener Gegner des Regimes in Iran bekannt. Bereits in der Zeit als er unter Präsident George W. Bush Botschafter der USA bei der UNO war, bezeichnete er das Regime in Teheran als größte Gefahr für den Weltfrieden. Als Nationaler Sicherheitsberater ging er verstärkt gegen Iran vor, ermunterte Trump zum Austritt aus dem Atomabkommen. Als Iran eine amerikanische Drohne zum Sturz brachte, trat er für eine militärische Vergeltung ein, was Trump ablehnte.

## **IRAN VERURTEILTE ANNÄHRUNG ZWISCHEN ISRAEL UND EMIRATEN**

Iran bezeichnete die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) als Dolchstoß in den Rücken der Muslime und Palästinenser. In einer Erklärung des Außenministeriums, die im staatlichen Fernsehen verlesen wurde, heißt es, die Aufnahme der Beziehung zwischen den beiden Staaten sei „schändlich“ und „gefährlich.“ Dadurch werde der Weg für eine Einmischung Israels in die „politischen Gleichgewichte“ in der Region am Persischen Golf geebnet. Dies werde Folgen haben, für die die Emirate „und andere angeschlossene Regierungen“ die Verantwortung tragen. „Das unterdrückte palästinensische Volk und alle unabhängigen Staaten der Welt“ würden die Aufnahme der Beziehungen zum „kriminellen israelischen Besatzerregime“ verurteilen. Israel und die Emirate hätten strategisch eine „Dummheit“ begangen. Denn dieser Schritt werde die „Achse des Widerstands“ stärken.

Israel hatte im Gegenzug zu der Bereitschaft der Emirate, die diplomatischen Beziehungen zu Tel Aviv aufzunehmen, angekündigt, erst einmal auf die Annexion der besetzten palästinensischen Gebiete zu verzichten. Allerdings betonte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, der Verzicht sei nur vorübergehend.

Irans Präsident Hassan Rohani sprach von „Verrat“ und forderte die Emirate auf, „den Fehler rückgängig zu machen.“ Sollten die Emirate die Absicht haben, „Israel den Zutritt zu der Region zu ermöglichen, wird ihnen gegenüber eine härtere Gangart eingeschlagen,“ sagte Rohani am 15. August.

Nach Bekanntwerden der Vereinbarung versammelte sich eine Gruppe von Demonstranten vor der Botschaft der VAE in Teheran. Die Demonstranten warfen dem Land Verrat vor und verbrannten israelische Fahnen. Auf einem Plakat stand: „Wieviel Dollar habt ihr für den Verkauf der Palästinenser bekommen?“

Die ultrakonservative Tageszeitung Kayhan bezeichnete die Annäherung ebenfalls als Verrat am palästinensischen Volk. Damit seien die Emirate „zu einem legitimen und leichten Ziel für den Widerstand“ geworden.

Am 16. August wurde der Geschäftsführer der iranischen Botschaft in der VAE ins Außenministerium einbestellt. Außenminister Abdullah bin Zayid Al Nahyan überreichte ihm ein Protestschreiben gegen die „inakzeptablen und konfliktstiftenden“ Äußerungen Rohanis, die er als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ seines Landes bezeichnete. Solche Äußerungen würden die Stabilität und Sicherheit der Region beeinträchtigen, hieß es in dem Schreiben.

Indes hat General Mohammad Bagheri, Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte, gedroht: „Sollte in der Region des Persischen Golfs etwas geschehen, was die Sicherheit Irans gefährden würde, werden wir die Vereinigten Emirate dafür verantwortlich machen und es nicht dulden.“ Er empfahl dem Land, die Entscheidung zu revidieren und keinen Weg zu beschreiten, der der Sicherheit der Region und des eigenen Landes schaden würde.

## **PAKISTAN VERMITTELT ZWISCHEN TEHERAN UND RIAD**

Pakistans Präsident Imran Khan hat in einem Interview mit dem Sender Al Jazeera am 5. August erklärt, sein Land werde seine Bemühungen um Vermittlung zwischen Iran und Saudi-Arabien fortsetzen. Es werde dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten zu verhindern. Die bisherigen Versuche seien positiv verlaufen, es gehe zwar langsam voran, aber kontinuierlich.

Omran Khan war im vergangenen Jahr zweimal nach Iran gereist, das erste Mal im April 2019, das zweite Mal im Oktober desselben Jahres, bevor er zu einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump nach Washington reiste. Vor dem Besuch in Teheran hatte er sich mit der saudischen Führung getroffen. Damals sagte er, Trump habe ihn gebeten, mit Teheran Vermittlungsgespräche zu führen. Er betonte aber, dass Pakistan selbst die Initiative ergriffen habe, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen Teheran und Riad zu „erleichtern.“

Bei seinem letzten Besuch in Teheran wurde Imran Khan vom Revolutionsführer Ali Chamenei und Präsident Hassan Rohani empfangen.

In den letzten Jahren haben sich die Konflikte zwischen Iran und Saudi-Arabien stark zugespitzt, vor allem nachdem 2016 die saudische Botschaft in Teheran von Demonstranten gestürmt wurde, was zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen beider Staaten führte. Zudem stehen sich Teheran und Riad in einigen Stellvertreterkriegen feindlich gegenüber, so in Jemen und Syrien. Schließlich haben schwere Raketen- und Drohnenangriffe gegen saudische Ölanlagen, für die die USA Iran

verantwortlich machen, aus den Nachbarstaaten regelrechte Feinde gemacht. Teheran bestreitet, an den Angriffen beteiligt gewesen zu sein.

## UNKLARE VERHÄLTNISSE ZWISCHEN IRAN UND TALIBAN

Einem Bericht des Nachrichtenportals Ensaf News zufolge hatten sich am 31. Juli einige afghanische Staatsbürger mit Taliban-Fahnen in der Hand im Teheraner Volkspark versammelt. Der Parkwächter berichtete, einige Afghanen seien am Nachmittag in den Park gekommen. „Es war nichts Ungewöhnliches, wir hatten keinen Grund, sie daran zu hindern. Doch dann holten sie aus ihren Taschen Talibanfahnen heraus. Die Demonstration dauerte nur eine kurze Zeit. Wir nahmen ihnen die Fahnen ab und übergaben sie der Polizei. Es ist erstaunlich, dass schon diese kurze Zeit ausreichte, um die Nachricht zu verbreiten.“

Aref Ahmadi, ein afghanischer User auf Twitter, der als erster Fotos von der Demonstration veröffentlicht hatte, sagte dem Bericht von Ensaf News zufolge, er sei zufällig zur gleichen Zeit im Park gewesen. Es seien etwa 70 bis 90 Afghanen gewesen. Sie hätten ungestört die Taliban-Fahnen geschwenkt und Parolen skandiert. „Ich habe sie angesprochen. Sie sagten, sie unterstützten die Taliban. Ich habe die Polizei angerufen. Etwa 20 Minuten später kam sie. Die Demonstranten gingen auseinander, aber soweit ich sehen konnte, wurde niemand festgenommen.“

Der Chef der Teheraner Polizei, Ali Solghadri, erklärte, die Polizei sei dabei, den Fall genauer zu untersuchen. Sie habe schnell reagiert und einige Personen festgenommen. Er bezeichnete die Taliban als eine „terroristische Gruppe.“ Die afghanische Regierung protestierte gegen den Vorfall. Regierungssprecher Sadigh Sadighi sagte auf einer Pressekonferenz in Kabul, die Nachbarstaaten Afghanistans, sollten nicht zulassen, dass eine Gruppe, die das afghanische Volk bedrohe, in ihren Ländern frei agieren könne.

Indes sorgte ein Bericht des US-Nachrichtensenders CNN für Aufruhr. Demnach soll Iran den Taliban für die Tötung amerikanischer Soldaten Kopfgeld gezahlt haben. Dies soll mit ein Grund für die Tötung des iranischen Generals Ghassem Soleimani gewesen sein. Soleimani, Chef der iranischen Al-Kuds Brigade, wurde Anfang Januar in der Nähe des Bagdader Flughafens gezielt durch Drohnen und Raketen getötet.

Der CNN-Bericht basiert nach Angaben des Senders auf Recherchen amerikanischer Geheimdienste. Demnach seien die Gelder auf komplizierten Wegen an die Taliban gegangen. Es habe sich um sechs Angriffe der Taliban gegen US-Stützpunkte in Afghanistan im vergangenen Jahr gehandelt, darunter der Angriff gegen den Stützpunkt Bagram, die größte Militärbasis der USA in Afghanistan.

Zu dem Bericht sagte US-Präsident Donald Trump, er habe darüber, dass Iran für die Tötung amerikanischer Soldaten den Taliban Kopfgeld gezahlt habe, nichts gehört. Generalleutnant Robert H. Ludwig, Sprecher des US-Verteidigungsministeriums erklärte auf die Frage der BBC, was er von dem Bericht halte: „Wir geben über Sicherheitsanalysen keine Auskunft. Aber die US-Regierung hat Iran wiederholt öffentlich und nicht öffentlich aufgefordert, sein schlimmes und zerstörerisches Verhalten im Nahen und Mittleren Osten sowie auf der ganzen Welt zu beenden. ... Während die Vereinigten Staaten, die Nato und ihre Verbündeten bestrebt sind, das Blutvergießen in Afghanistan nach 19 Jahren zu beenden, versucht Iran den Friedensprozess mit der Taliban zu torpedieren und Aggressionen und die Instabilität fortzusetzen.“

Dem CNN-Bericht zufolge wurde Soleimani einen Monat nach dem Angriff auf den Stützpunkt Bagram getötet. Ein amtierender Verantwortlicher und ein früherer hochrangiger Politiker, die nicht genannt wurden, sagten dem Sender, die Verbindung Iran mit den Taliban sei mit ein Grund für die Tötung Soleimanis gewesen.

Der Bericht erschien, nachdem die Behauptung, auch Russland habe den Taliban für die Tötung von Amerikanern Geld gegeben, für Wirbel gesorgt hatte. Russland bestritt, den Taliban Geld gegeben zu haben. Die USA hätten weder diplomatisch noch militärisch auf die Vereinbarung zwischen Iran und den Taliban reagiert, weil sie die Friedensverhandlungen mit den Taliban nicht beeinträchtigen wollten, heißt es in dem Bericht. Trump habe unbedingt die Verhandlungen zu Ende bringen wollen, was dann auch tatsächlich im Winter gelang. Damit habe Trump den Abzug der US-Soldaten aus Afghanistan ankündigen und dies mit Blick auf die Präsidentenwahl als Sieg für sich verbuchen können.

Einige Tage zuvor hatte US-Außenminister Mike Pompeo, während seines Besuchs in der Tschechoslowakei, dem in Prag ansässigen Sender Radio Farda gesagt, Iran liefere nach wie vor Waffen an die Taliban. „Die USA werden, solange amerikanische Soldaten in Afghanistan stationiert sind, die Menschen in dem Land schützen,“ sagte der Minister. „Wir kennen die Geschichte ganz genau. Wir wissen, dass Russland früher die Taliban mit Waffen versorgte, und wir wissen, dass auch Iran dies nach wie vor tut. Uns sind diese Tatsachen bekannt.“

Auch der frühere Chef der afghanischen Nationalen Sicherheit (NSR), Mohammad Massum Skanaksai, sagte der BBC, sowohl Russland als auch Iran würden sie unter dem Vorwand, die Taliban bekämpften den Islamischen Staat (IS), unterstützen. Das bestätigte auch der Oberbefehlshaber der afghanischen Streitkräfte. Er sagte: „Wir haben Dokumente, die darauf hinweisen, dass Iran die Taliban im Westen Afghanistans mit Waffen und Ausrüstung unterstützt.“

Iran bestritt jeder Art der militärischen Zusammenarbeit mit den Taliban. „Die konspirativen Unterstellungen des amerikanischen Außenministers bezüglich der militärischen Versorgung der Taliban sind grundlos und absurd,“ sagte der neue Sprecher des Außenministeriums Said Chatibsadeh am 17. August. „Was wir heute in Afghanistan erleben, sind Folgen der amerikanischen Kriegstreiberei in dem Land.“ Die USA wollten mit derlei Unterstellung die öffentliche Meinung von der Unterstützung ablenken, die Washington an den Islamischen Staat (IS) leistet. Washington habe bisher die Frage der Afghanen nicht beantwortet, woher die Hubschrauber stammen, die den IS unterstützen.

Zwischen Vertretern Irans und den Taliban gab es mehrere Treffen. Vor einiger Zeit erklärte der Sonderberater des Teheraner Außenministeriums, Ebrahim Taherian, er habe sich mit Talibanvertretern in ihrem Büro in Doha getroffen. Auch der Sprecher der Taliban in Katar, Soheil Schahin, schrieb auf Twitter über das Treffen mit Taherian. Dabei habe man über Flüchtlinge und Grenzen zwischen Iran und Afghanistan gesprochen. Wie die Nachrichtenagentur Tasnim meldete, wurde auch über die Einmischung ausländischer Mächte in Angelegenheiten Afghanistans gesprochen.

Auch eine Delegation der Taliban, geführt vom Stellvertreter des Talibanchefs, Mullah Baradar, wurde von Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif in Teheran empfangen. Dabei wurde nach offizieller Verlautbarung über interafghanischen Friedensverhandlungen und die gegenwärtige Lage in Afghanistan gesprochen. Die Afghanen forderten Iran auf, „islamisch“ mit afghanischen Geflüchteten umzugehen. Das Teheraner Außenministerium erklärte, die Gespräche mit den Taliban würden geführt, mit dem Ziel, in der Islamischen Republik Afghanistan Frieden, Sicherheit und Stabilität herzustellen.

### **USA FORDERN HARTES VORGEHEN GEGEN PRO-IRANISCHE KRÄFTE IN IRAK**

Laut einer Meldung der dpa forderte US-Präsident Mike Pompeo den irakischen Außenminister Fuad Hussein bei dessen Besuch in Washington auf, pro-iranische Milizen

effektiver zu kontrollieren. Deren Aktivitäten in Irak verhindere die Entwicklung des Landes. Die USA würden Irak dabei unterstützen, sagte Pompeo. Zu dem von Präsident Trump angekündigten Abzug amerikanischer Soldaten aus dem Land äußerte er sich nicht. Er versicherte aber, dem Irak bei der Wiederherstellung seiner Sicherheit und Stabilität beizustehen.

**Streit um Schadensersatzzahlung für abgeschossene ukrainische Passagiermaschine**  
Die erste Runde der Verhandlungen zwischen Iran und der internationalen Untersuchungsgruppe am 31. Juli über die am 8. Januar dieses Jahres von Iran abgeschossene ukrainische Passagiermaschine ging ohne ein Ergebnis zu Ende. Bei dem Abschuss waren alle 176 Menschen an Bord ums Leben gekommen. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba sagte auf einer Abschlusspressekonferenz, er sei „vorsichtig optimistisch.“ Die Gespräche mit der iranischen Vertretung seien „konstruktiv“ gewesen. „Es ist aber noch zu früh, um einzuschätzen, wie weit Iran bereit sein wird, Schadensersatz zu leisten,“ sagte der Minister. Beide Seiten stimmten darüber überein, die unabhängigen und transparenten Untersuchungen fortzusetzen. Sollten die Verhandlungen mit Iran zu keinem Ergebnis führen, müssten internationale Gerichte eingeschaltet werden.

Iran hatte den Flugschreiber nach monatelangem Zögern zum Auslesen nach Frankreich geschickt. Das Teheraner Außenministerium hatte sich zunächst bereit erklärt, Schadensersatz zu leisten. Es seien jedoch einige technische und rechtliche Fragen offen, die geklärt werden müssten. Doch am 10. August erklärte Gholam-Resa Soleimani, Iran lehne Schadensersatzzahlungen ab. „Diese Maschine ist von ukrainischen und europäischen Firmen versichert und daher müssen die auch die Schadensersatzzahlung übernehmen.“ Die iranische Versicherungsfirma habe mit der Angelegenheit nichts zu tun. Am 23. August gab der Leiter der iranischen Zivilluftfahrtbehörde Turadsch Dehghani Sangeneh bekannt, dass bei der Untersuchung des Stimmrekorders der abgeschossenen Maschinen Tonaufnahmen aus dem Cockpit in einer Länge von 19 Sekunden sichergestellt worden seien. Das Flugzeug sei innerhalb von 25 Sekunden von zwei Raketen beschossen worden. Zwei anwesende Piloten und ein Pilotenlehrer hätten die Gefahr sofort erkannt und bis zum Schluss versucht, die Maschine zu steuern. Von den Passagieren in der Kabine seien keine Stimmen zu hören.

Sangeneh warnte davor, das Unglück zu politisieren. Was genau er damit meinte, sagte er nicht. Die Vertretung der Opferfamilien forderte vollständige Transparenz und die Bestrafung der Schuldigen. Bevor dies nicht geschehen sei, könne über Schadensersatz nicht verhandelt werden.

## **IRAN WIRFT SAUDI-ARABIEN VOR, BAU VON NUKLEARWAFFEN ZU PLANEN**

Kasem Gharibabadi, Irans Vertreter bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), forderte den Generalsekretär der Behörde auf, Berichten und Gerüchten über „Geheimpläne Saudi-Arabiens zum Bau von Nuklearwaffen“ nachzugehen und das Ergebnis der Untersuchung den Mitgliedern mitzuteilen.

Saudi-Arabien gehört zu den Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben. Zudem hat das Land oft eine Nuklearwaffen-freien Nahen Osten gefordert. Etwa vor einem Jahr hatte Prinz Salman die Weltgemeinschaft aufgefordert, zu verhindern, dass Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangt. Er hatte gewarnt, sollte Iran nach Atomwaffen streben, werde sein Land das Gleiche tun. Zudem hatte Riad bekannt gegeben, dass das Land beschlossen habe, bis zum Jahr 2030 16 Atomreaktoren zu bauen. Ziel dieses Plans sei, die Abhängigkeit von den Öleinnahmen zu reduzieren und den Bedarf des Landes an Strom zu decken. Die USA bestätigten, dass sie bereit seien, Nukleartechnologie an Saudi-Arabien zu verkaufen. Auch Russland und Südkorea machten dem Land ähnliche Angebote.